

Antrag 88/II/2023**KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: SPDqueer (Konsens)****Beratungsstellen für Betroffene transfeindlicher Gewalt**

- 1 Die Sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abge-
 2 ordnetenhaus werden aufgefordert
 3
 4 • gemeinsam mit freien Trägern eine Beratungs-,
 5 Betreuungs- und Anlaufstelle für Personen zu ent-
 6 wickeln, die von trans*feindlicher Gewalt und An-
 7 feindungen betroffen sind;
 8 • die Programme aus dem Landeshaushalt zu finan-
 9 zieren;
 10 • im Haushaltsplan Mittel einzustellen, auf die freie
 11 Träger zurückgreifen können um aktuelle Informa-
 12 tionen über bereits vorhandene Beratungsangebote
 13 bereitzustellen;
 14 • auf den Plattformen des Landes Berlin in niedrig-
 15 schwelliger Weise auf die Angebote hinzuweisen.

18 Begründung

19 In Berlin leben viele trans* Personen. Die Sichtbarkeit von
 20 trans* Personen in der Öffentlichkeit ist über die letzten
 21 Jahre mehr und mehr gestiegen. Mit zunehmender Sicht-
 22 barkeit wächst leider auch das Maß an Anfeindungen, im-
 23 mer stärker werdendem Hass, vermehrt offener Diskrimi-
 24 nierung und gewalttätiger Übergriffe. Diese gehören zum
 25 Alltag vieler trans* Personen. Von den marginalisierten
 26 Gruppen erleben trans* Personen mit die meisten Diskri-
 27 minierungserfahrungen. Bundesweit werden in der Kri-
 28 minalitätsstatistik erst seit kurzem Straftaten gegen ge-
 29 schlechtsbezogene Diversität erfasst. Allein in den Jahren
 30 2021 bis 2022 ist hier ein Anstieg von 26% zu verzeichnen.
 31 Die Dunkelziffer ist nach wie vor extrem hoch. Auch in Ber-
 32 lin - einer Stadt mit queerer Tradition - kommt es zu zahl-
 33 reichen Überfällen. Diese gilt es nach wie vor zu erfassen
 34 und strafrechtlich zu verfolgen.

35
 36 Die Aufmerksamkeit muss auch den Betroffenen gelten.
 37 Neben der Ausweitung von queer- und transpolitischen
 38 Angeboten, wie queeren Jugendzentren usw., ist es wich-
 39 tig, Betroffene nicht alleine zu lassen. Da das soziale Um-
 40 feld allein häufig nicht in der Lage ist, solche Erfahrungen
 41 aufzufangen, braucht es zusätzliche Beratungs- und An-
 42 laufstellen.

43
 44 Der Aufbau solcher ist durch das Land Berlin konzeptionell
 45 und finanziell zu unterstützen.

46
 47 Bereits jetzt versuchen viele Frauenhäuser bspw. des "wei-
 48 ßen Rings" Angebote bereitzustellen und Betroffene zu

49 versorgen. Diese Angebote wirken jedoch nur begrenzt,
50 wenn öffentliche Informationen unzureichend zur Verfü-
51 gung stehen. Hierfür fehlen den freien Trägern regelmä-
52 ßig die finanziellen und personellen Kapazitäten. Deshalb
53 sollen auch Mittel für diesen Zweck bereitgestellt werden.
54

55 Das Land Berlin soll die bestehenden Angebote sammeln
56 und über diese auf einer stets aktuellen und niedrig-
57 schwellig zugänglichen Webseite informieren.
58

59 Trans* Personen müssen sich nach ihrem Belieben in der
60 Öffentlichkeit zeigen können. Die Angst vor Gewalt und
61 Anfeindungen darf nicht im Vordergrund stehen. Deswe-
62 gen muss Berlin dem eigenen Anspruch als Stadt der Viel-
63 falt unter anderem mit diesen Maßnahmen gerecht wer-
64 den.